

Tomas Martin 26. Febr. 2012

Attac-Werkstattgespräch (evtl. Text für Einladungsfaltblatt)

Motto: Kapitalismus in der Krise - unsere Chance!

*Wie die neoliberale Zurichtung Europas in die "Eurokrise" mündete:
wachsende Armut für die Menschen*

Im Zuge der Globalisierung wurden Reiche und Kapitalgesellschaften seit den 80er Jahren von Gewinn- und Vermögenssteuern entlastet, und Sozialleistungen wurden gekürzt. Die Umverteilung zu Lasten der Allgemeinheit hat zu starken Vermögenskonzentrationen geführt: Weltweit besitzen 8% der Reichsten 87% des Vermögens. Diese gewaltigen Vermögen werden überwiegend nicht für produktive Investitionen verwendet, sondern an die Finanzmärkte getragen. So entstand eine aufgeblasene Finanzsphäre, die sich vom Bezug zur produktiven Wirtschaft weitgehend löste. Regierungen aller politischen Richtungen haben dieses Finanzkasino mit immer neuen Freiheiten ausgestattet. Und der schwachverständigen deutschen Politik fällt nichts Anderes ein, als sich der 'Diktatur des Monetariats' zu unterwerfen, die Bedienung der Schuldtitel dieses Kasinos zu garantieren und die daraus erwachsenen Staatsschulden durch öffentliches Sparen abzubauen.

Alle westlichen Staaten haben in Folge der Finanzkrise 2008 gigantische Bankenrettungspakete geschnürt, d.h. die Spekulationsverluste der Banken den BürgerInnen aufgebürdet. Die Staatsverschuldung der westlichen Industrieländer stieg dadurch seit 2007 von 50% auf durchschnittlich 90%. Die Banken verdienen daran, dass sie von den Staaten gerettet wurden: Sie können sich zu einem Zinssatz unter der Inflationsrate Geld bei der Europäischen Zentralbank EZB leihen und den Staaten zum mehrfachen Zinssatz weiterverleihen. Dadurch sind besonders die EU-Staaten in eine völlige Abhängigkeit von den Finanzmärkten geraten.

Deutschlands Exportwirtschaft hat sich unter dem Dach der gemeinsamen Währung, flankiert durch Schröders Agenda 2010 mit Lohndumping und Sozialabbau auf Kosten der deutschen Beschäftigten, Arbeitslosen und Armen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen EU-Ländern errungen. Er summiert sich auf

650 Mrd Euro an Exportüberschüssen nur gegenüber der Eurozone. Dieser Überschuss beruht eben kaum auf einem überlegenen Stand der Produktivkräfte, sondern auf der Politik des Lohndumpings mit der Folge stark unterentwickelter Binnenmärkte im Innern. Gegen die deutsche Exportwalze können sich die anderen Länder nicht wehren: Die Überschüsse des Einen sind die Defizite (Schulden) der Anderen.

Um Kredite von EU-Kommission, Euro-Ländern und dem IWF, der sog. Troika, zu bekommen muss sich das Empfängerland dem Diktat strenger Sparmaßnahmen fügen. Solche Strukturanpassungsprogramme hatten bereits in der Schuldenkrise der Dritten Welt desaströse Folgen. Der neoliberale Marktfundamentalismus der Geldgeber treibt nun auch, vor Allem in den Südländern, die Menschen in die Verarmung, würgt die Binnenwirtschaft ab und steigert die Arbeitslosigkeit. Jedoch wird die massive Kapitalflucht nicht unterbunden. (600 Mrd Euro griechischer Vermögen in der Schweiz bleiben z.B. unangetastet!)

Die neoliberale Überzeugung von der Effizienz der Märkte, der zufolge der Marktmechanismus die beste aller gesellschaftlichen Entwicklungen hervorzubringen in der Lage ist, führt qualitativ und quantitativ zu einer Fehlallokation der Ressourcen: Das Kapital fließt dahin, wo der höchste Profit lockt. So erweist sich das Finanzkapital, in dem es der Produktion öffentlicher und Gemeingüter und dem naturverträglichen Umbau die notwendigen Ressourcen entzieht, als ein Entwicklungshemmnis gesellschaftlichen Wohlstandes. Daher ist heute Jedem, der nicht weiterhin blind dem neoliberalen Paradigma anhängt, glasklar geworden, dass der Finanzmarkt ein Krebsgeschwür ist, das die Lebenskraft der Gesellschaft untergräbt.

Wir sollten daher die Chance dieser Erkenntnis ergreifen und Schritte überlegen, wie wir zu einer demokratischen und gemeinwohlorientierten Wirtschafts- und Lebensform zurückfinden können.

Perspektiven für Deutschland in Europa jenseits des (Finanz)Kapitalismus

Um die Staaten der Erpressung durch die Finanzmärkte wieder zu entziehen, sind einige Schritte kurzfristig notwendig:

- Die Refinanzierung der Staaten erleichtern durch Niedrigzinskredite der EZB, und/oder Eurobonds (siehe dort).
- Schulden-Audit für alle öffentlichen Schulden in Europa durch unabhängige BürgerInnen-Komitees.
- Große Vermögen, Gewinne und Einkommen stark besteuern.
- Scharfe Kontrolle der Finanzmärkte; Kapitalverkehrskontrollen wieder einführen.
- Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Wasser, Energie,...) werden dem Ausverkauf entzogen.

Mittelfristig sind auch folgende Schritte zu tun:

- Verbot aller Spekulationsgeschäfte auf Währungen, Staatsanleihen, Nahrungsmittel, strategische Rohstoffe.
- Schließung aller Steueroasen und Schattenfinanzplätze.
- Wirksame Finanztransaktionssteuer auf alle Finanzgeschäfte (siehe dort).

Langfristig wäre auch Folgendes wünschenswert:

- Um Leistungsbilanzungleichgewichte im europäischen Währungsraum auszugleichen, sollte ein europäischer Währungsfond (EWF) eingerichtet werden, der sich über gemeinsam garantierte Anleihen finanziert. Der könnte dann die Eurobonds ausgeben.
- Die Steuer-und Lohnpolitik der Euro-Länder sollte koordiniert werden, und die Wirtschaftspolitik sollte abgestimmt werden.
- Zwischen den wichtigsten Notenbanken der Welt sollten Bandbreiten für Wechselkurse vereinbart und garantiert werden.
- BürgerInnen kündigen den EU-Vertrag und bauen ein neues Europa nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Kooperation, der echten Demokratie und der Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen!